

Pulsnitzer Tageblatt

Printzdruck 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Umtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 32

Dienstag, den 8. Februar 1927

79. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Mittwoch, den 9. Februar nachm. 3 Uhr sollen in Großnaundorf, Sammel-
ort der Bieter in Lunzes Gasthof,

1 Kuh

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Reichskanzler Dr. Marx hat auf Grund der schweren Anschuldigungen gegen den Innenminister v. Reubell die Untersuchung eingeleitet.

Reichsminister a. D. Dr. Koch hat die Unterstützung der Außenpolitik durch die Demokraten zugesagt.

Englische diplomatische Vertreter erwarten den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen.

Die beiden Sommerfelder Mörder sind verhaftet worden.

In Florida ist im Alter von 122 Jahren der älteste Amerikaner gestorben.

In der Papierfabrik Hermes i. Düsseldorf kam eine 23jährige Arbeiterin dem Getriebe einer Zerkleinerungsmaschine zu nahe und wurde hineingerissen. Erst durch das Stillstehen der Maschine wurde man auf den Unfall aufmerksam. Von dem Körper der Unglücklichen war nur die obere Kopfhälfte unterseht. Die Schutzvorrichtungen der Maschine, die in Reparatur gewesen und eben wieder aufgestellt worden waren, sollen ungenügend sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Während eines 24 Stunden lang auf dem Schwarzen Meer tobenden Orkans ist ein russischer Passagierdampfer mit 40 Personen untergegangen. Ferner ist ein rumänischer Dampfer mit 200 Personen an Bord gestrandet. Da die Hilfestellung infolge des Sturmes sehr erschwert ist, wird mit dem Untergang des Dampfers gerechnet.

Nach Berichten aus Managua haben die Streitkräfte Sacacas einen energischen Vorstoß auf Chinandega ungefähr 70 Meilen von Managua unternommen. Der Vorstoß verfolgte den Zweck, Managua von Corinto abzuschneiden.

Im Buckinghampalast fand gestern ein Kronrat statt, in dem u. a. die beiden neuen Mitglieder der Regierung, der Unterstaatssekretär des Kolonialamtes Drmsby Core sowie Sir Leslie Scott vereidigt wurden. Vor dem Kronrat hatte Baldwin eine längere Audienz beim König.

Vor einem Umsturz in Rumänien?

Furcht vor einem Staatsstreich des Kronprinzen Carol — Rumänien in Kriegszustand

Ein Strefemann-Interview über die deutsch-französische Verständigung — Die Arbeitslosenversicherung vor dem Reichstag — Die Freien Gewerkschaften für ein Arbeitszeitgesetz

☞ Bukarest. Die Wiederaurollung der Frage der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen Carol durch die Bauernpartei und durch die Transilvanische Nationalpartei im Parlament haben von seiten der Regierung militärische Maßnahmen zur Folge gehabt. Die Regierung hat 20 000 Soldaten und Gendarmen aus dem ganzen Lande in Bukarest aufgezogen.

In jeder Stunde treffen neue Verstärkungen in Bukarest ein. Die Militärmärsche verfahren genau wie in Kriegszustand. Die Maßnahmen des Militärs, der Gendarmen und der Polizei entwickeln sich nach einem gemeinsamen Plan. Man erwartet jede Stunde Ereignisse von großer politischer Bedeutung. Alle Versammlungen und Aufrufe wurden verboten.

Sechs Bukarester Zeitungen wurden beschlagnahmt. Die Behörden verweigern jegliche Erklärung über diese Maßnahme, man kann jedoch annehmen, daß sie mit den Bestrebungen auf gewaltsame Wiederherstellung der Ehrenrechte des Prinzen Carol sowie mit einem geplanten Sturz der Regierung, zusammenhängen.

Zusammentreffen Strefemann-Mussolini?

Vielleicht auch Besprechung mit Briand und Chamberlain.

Rom. Ein amerikanisches Blatt läßt sich aus Rom melden, daß die italienischen diplomatischen Kreise eine Zusammenkunft Strefemann-Mussolini auf der Ferienreise des deutschen Außenministers erwarten. Als Treffpunkt wird u. a. San Remo genannt. Vielleicht aber würden die beiden Minister „zufällig“ sich auf einer Meerfahrt begegnen.

Demgegenüber wird von zuständiger Stelle in Berlin behauptet, daß Dr. Strefemann während seiner Erholungsreise nicht mit Mussolini zusammentreffen noch eine Unterhaltung mit Außenministern anderer Staaten haben werde. Erhöht bleibt die Möglichkeit, daß Strefemann noch kurz vor der Tagung des Völkerbundes am 7. März eine Besprechung mit dem französischen oder dem englischen Außenminister oder mit beiden hat.

Strefemann über die deutsch-französische Annäherung.

☞ Paris. Der Berliner Korrespondent des Pariser Blattes „Petit Parisien“ veröffentlicht ein Interview mit dem Reichsaußenminister Dr. Strefemann.

Dr. Strefemann erklärte, er sei überzeugt, daß die große Mehrheit Deutschlands eine deutsch-französische Annäherung wünsche. Das Volk wolle arbeiten und im Frieden gedeihen. Den Hinweis auf die Begnadigung der vom Landauer Kriegsgericht verurteilten Deutschen beantwortete Strefemann dahin, daß man auch den Mut haben müsse, der öffentlichen Meinung zu widerstehen. Wenn er das nicht versucht hätte, würde seine Politik bereits nach einem halben Jahr Schiffbruch erlitten haben. Dr. Strefemann bedauerte, daß so wenige Franzosen nach Deutschland reisten, um es kennenzulernen.

Er, der Staat setzen Bürgern Konkurrenz macht, ihnen den Verdienst fortnimmt und dadurch ihre Steuerfähigkeit herabmindert? Zieht nicht der Staat durch solches rücksichtsloses Vorgehen eine Mißstimmung groß, die sich schließlich einmal auch auf politischem Gebiet in unerwünschter Weise auswirken kann? Deutschlands Wirtschaft ist nun einmal vorzugsweise Privatwirtschaft und im wesentlichen die Trägerin der Lasten, aus denen Reich, Länder und Kommunen die Kosten ihrer Haushalte bestreiten. Jeder Eingriff in die Privat-

Die freien Gewerkschaften für ein Arbeitszeit-Notgesetz

Berlin, 7. Februar. Wie der „Vorwärts“ berichtet, haben am Sonntag in Köln die Vertreter der freien Gewerkschaften der oberen Rheinprovinz in einer Kundgebung gegen die Ueberstundenarbeit Protest erhoben und ein Notgesetz zur Sicherstellung des Achtstundentages gefordert. Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes Brandes legte in einer längeren Rede dar, daß die Besserung der deutschen Wirtschaftslage die Forderungen der Arbeiterschaft rechtfertige. Die Steigerung der deutschen Produktion sei auch ohne Arbeitszeitverlängerung möglich. Die Tagung nahm darauf eine Entschließung an, in der betont wurde, daß die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Gewerkschaften trotz aller politischen Gegensätze aufrecht erhalten werden müsse.

Untersuchung gegen den Reichsinnenminister.

Die Akten beim Reichskanzler.
☞ Auf Grund der Vorwürfe, die in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags gegen den Innenminister von Reubell erhoben wurden, hat der Reichskanzler Dr. Marx die Akten der preussischen Regierung in der Angelegenheit des Innenministers von Reubell noch am Sonnabend eingefordert. Die Akten wurden dann vom Reichskanzler sofort bearbeitet.

Die Behauptung, daß der Reichsgerichtspräsident Siemens mit der Prüfung der Akten beauftragt werde, wird vorläufig von zuständiger Stelle noch nicht bestätigt. Der Reichsgerichtspräsident hält sich zwar in Berlin auf, aber offenbar nur, um mit dem neuen Reichsjustizminister Herget Frühling zu nehmen.

Dr. Külz als Vermittler?

Es wäre möglich, daß der Reichskanzler die Verhandlungen in dem Interfraktionellen Ausschuss einem Parlamentarier überträgt, der den Ausgleich zwischen der Auffassung der Deutschnationalen und des Zentrums herbeiführen könnte. In diesem Zusammenhang spricht man in parlamentarischen Kreisen von dem früheren Reichsinnenminister Dr. Külz.

Immer noch 25 000 Mann Befahrungstruppen.

Wie verlautet, beträgt nach den deutschen Schätzungen die Zahl der Befahrungstruppen am Rhein gegenwärtig immer noch 25 000 Mann, und zwar rund 60 500 Franzosen, 6700 Belgier und 8000 Engländer. Seit dem Herbst vorigen Jahres sind die Befahrungstruppen um rund 4500 Mann verringert worden; es hat aber den Anschein, als ob das vorgesehene Verringerungsprogramm damit einstweilen seinen Abschluß gefunden hat. Jedenfalls ist auf deutscher Seite nichts davon bekannt, daß in der nächsten Zeit noch weitere Truppenzurückziehungen vor sich gehen.

Öffentliche Hand und Privatwirtschaft.

Von R. Lubert,

Präsident der Handwerkskammer zu Berlin.

Die breite Öffentlichkeit ist über den Umfang des Eindringens der öffentlichen Hand in den wirtschaftlichen Privatbetrieb nur mangelhaft unterrichtet. Weite Kreise der Bevölkerung haben keine Ahnung davon, welche Schädigungen die Regiebetriebe und die vielen Betriebe, welche unter unzureichender Flagge segeln, an denen aber die öffentliche Hand beteiligt ist, der Privatwirtschaft bereiten.

Es ist selbstverständlich, daß im Handwerk, das an Arbeitsmangel und an steuerlicher Ueberlastung leidet, über das Maß der Konkurrenz des Reiches, der Länder und Gemeinden lebhaftes Erbitterung herrscht. Wollte man eine Liste aller Unternehmungen, die von der öffentlichen Hand geschaffen sind oder unterstützt werden, veröffentlichen, so würde der Raum kaum ausreichen. Es sind Unternehmungen größten Stils, die verhängnisvoll in viele Zweige der Privatwirtschaft eingreifen. Dazu kommen die zahlreichen Unternehmungen der Länder und der Städte.

Die Regiebetriebe können etwaige Fehlbeträge aus den Geldern der Steuerzahler decken, sie nehmen den Kredit öffentlicher Kassen in Anspruch und nützen nach Möglichkeit ihre Vormachtstellung als Monopolbetriebe aus. Besonders bei den in der öffentlichen Hand befindlichen Baugesellschaften bedeutet die Bevorzugung bei der Kreditgewährung eine große Schädigung des privaten Bauunternehmertums.

Der Reichswirtschaftsminister Curtius hat auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln gesagt, der Staat dürfe nur die Betriebe der Wirtschaft für sich in Anspruch nehmen, bei denen die Kräfte der Privatwirtschaft vertragen und das überwiegende Allgemeininteresse staatliche Betätigung fordere: Großunternehmungen des Verkehrs, Kreditregelung, Handelsverträge usw. Wir stimmen dem zu. Bergleitet man aber die Art der staatlichen und städtischen Unternehmungen mit dieser von dem Minister gegebenen Erläuterung, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild.

Ist es nicht ein Umding, daß in Zeiten, in denen die Privatwirtschaft durch Mangel an Aufträgen und steuerliche Ueberlastung in eine außerordentlich schwierige Lage geraten

